

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner, Ulla Jelpke,
Heidi Lippmann-Kasten und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/196 –**

Offensive türkischer Truppen in der Osttürkei im November 1998

Die Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ hat in ihrer Ausgabe vom 21. November 1998 berichtet, „daß rund 30 000 türkische Soldaten im Osten des Landes zu einer Offensive gegen die kurdischen Rebellen antraten“. Damit steht zu befürchten, daß die türkische Regierung an ihrem Kurs der militärischen Unterdrückung der Bevölkerung in der Osttürkei unbeirrt festhält und wiederum die internationalen Forderungen nach einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage in der Osttürkei ignoriert.

1. Ist die Bundesregierung von der neuerlichen türkischen Offensive seitens des NATO-Partners Türkei vorab informiert worden, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?

Wenn nein, gedenkt sie darauf zu reagieren?

Die türkische Regierung informiert die Bundesregierung nicht über geplante Operationen der Streitkräfte im eigenen Land.

2. Sieht die Bundesregierung in ihrer Einschätzung dieser Offensive einen Zusammenhang mit der Festnahme des PKK-Chefs Abdullah Öcalan in Italien?

Nein

3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob bei dieser erneuten Offensive im Rahmen des Bürgerkrieges auch Waffen oder Militärfahrzeuge zum Einsatz kommen, die aus deutschen Waffenlieferungen stammen?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, daß militärisches Gerät, das im Rahmen der seit Dezember 1995 abgeschlossenen militäri-

schon Hilfsprogramme an die Türkei geliefert worden ist, von der Türkei in der Osttürkei eingesetzt wird.

4. Wie verschafft sich die Bundesregierung im Fall der Türkei generell Klarheit darüber, ob im Rahmen des Bürgerkrieges bei Offensiven wie dieser, bei Drohgebärden gegenüber Staaten wie Syrien oder dem EU-Mitgliedstaat Griechenland oder etwa bei Überfällen wie auf die VN-Schutzzone im Nordirak aus deutschen Waffenlieferungen stammende Waffen und Militärfahrzeuge zum Einsatz kommen bzw. in Deutschland oder von deutschen Stellen ausgebildete Soldaten eingesetzt werden?

In bezug auf die im Rahmen militärischer Hilfsprogramme an die Türkei gelieferten Waffen und Rüstungsgüter ist der Bundesregierung von der türkischen Seite wiederholt bestätigt worden, daß diese ihre Verpflichtung anerkennt, dieses militärische Material ausschließlich in Übereinstimmung mit den Zielen des Nordatlantischen Bündnisses einzusetzen. Die Bundesregierung ist in der Vergangenheit sämtlichen Hinweisen auf einen vermuteten vertragswidrigen Einsatz deutscher Waffen durch die Türkei nachgegangen. In keinem Fall konnte ein Beweis für einen vertragswidrigen Einsatz erbracht werden.

Zur Frage, ob bei diesen Einsätzen in Deutschland ausgebildete Soldaten eingesetzt wurden, liegen keine Erkenntnisse vor. Personenbezogene Daten über die Verwendungen von türkischen Soldaten nach Abschluß der Ausbildung in Deutschland können nicht erhoben werden.

5. Wie gedenkt die Bundesregierung zukünftig in solchen Fällen zu reagieren, wo aus deutschen Waffenlieferungen stammende Waffen oder Militärfahrzeuge bzw. in Deutschland oder von deutschen Stellen ausgebildete Soldaten seitens der Türkei im Bürgerkrieg als Drohpotential gegen andere Staaten oder im Rahmen von Überfällen auf andere Länder zum Einsatz gebracht werden?

Falls der Bundesregierung Erkenntnisse über einen etwaigen vertragswidrigen Einsatz von Material vorliegen sollten, wird sie diesen Sachverhalt auf angemessene Weise gegenüber dem Bündnispartner Türkei ansprechen.

Die Verwendungsplanung für in Deutschland ausgebildete türkische Soldaten liegt ausschließlich in der Zuständigkeit der Türkei.